

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	114
		TOP:	15
	Verhandlung	Drucksache:	8/2023
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	28.03.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Wallisch (ASW)		
Protokollführung:	Frau Klemm / fr		
Betreff:	Endgültige Umgestaltung der Dorotheenstraße - VgV-Verfahren - Planungsbeauftragung auf Grundlage des Funktions- und Gestaltungskonzepts		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik v. 21.03.2023, öffentlich, Nr. 94
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 23.02.2023, GRDRs 8/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Funktions- und Gestaltungskonzept für die Dorotheenstraße wird zugestimmt (Anlage 2).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt ein VgV-Verfahren durchzuführen, um die Planungsleistungen Lph. 1 bis 8 für den Planungsumgriff aus Anlage 1 zu beauftragen.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gehörige Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt, wurde aber nur in Teilen und zu Veranschaulichungszwecken gezeigt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Wallisch berichtet aus der gestrigen Sitzung des Bezirksbeirats Mitte zu dem Sachverhalt. Der Beschlussvorlage sei mit einstimmig beschlossenen Änderungsanträgen zum Funktionsplan zugestimmt worden. Diese seien im Einzelnen:

- 1.) Die Fläche für die Reisebusse für die Besucher der Innenstadt am Karlsplatz/Alten Schloss soll verlegt werden.
Anmerkung Herr Wallisch: Eine Alternativlösung besteht noch nicht.
- 2.a) Die Stellplätze der Markthallen-Beschicker sollen nach Möglichkeit in den Innenhof der Markthalle verlegt werden.
Anmerkung Herr Wallisch: Die Machbarkeit wird mit Märkte Stuttgart GmbH geprüft.
Frau Kienzle (Bvin Mitte) ergänzt, es gehe nur um die großen Lieferfahrzeuge. Die übrigen Fahrzeuge könnten in die Tiefgarage ausweichen.
- 2.b) Die Lieferzone zwischen der Markthalle und dem Alten Schloss soll verkleinert werden.
Anmerkung Herr Wallisch: Auch hier wird das Gespräch mit Märkte Stuttgart GmbH gesucht.
- 3.) Die Länge der Taxistellplätze am Karlsplatz gegenüber dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (14 Plätze) soll reduziert werden.
Anmerkung Herr Wallisch: Es wird mit der Taxizentrale gesprochen.

Um das Vorgehen zu vereinfachen, schlägt zunächst StR Peterhoff (90/GRÜNE) vor, die Beschlussvorlage mit den zuvor genannten Maßgaben des Bezirksbeirats Mitte zu beschließen. Er wolle jedoch 3 Punkte herausstellen, die ihm sehr wichtig seien:

Die Stellplatzfläche für Busse am Karlsplatz sei insgesamt lediglich nur eine temporäre Fläche, die von Bussen nicht genutzt werde, dafür aber umso intensiver, z. B. beim Weihnachtsmarkt, als Pkw-Parkplatz zweckentfremdet werde. Man sehe das Freihalten der gesamten Fläche für Eventualitäten als nicht sinnvoll an und bekräftige die Haltung des Bezirksbeirats, die Fläche dauerhaft anderweitig zu nutzen. Auch das Argument, der Bereich werde beim Fischmarkt für Kühlfahrzeuge benötigt, sehe er nicht als relevant an. Dafür stehe eine ehemalige Parkplatz-Fläche des Landes Baden-Württemberg in unmittelbarer Nachbarschaft zur Verfügung. Bei den Parkplätzen für die Beschicker der Markthalle müsse geprüft werden, wie diese in die Tiefgaragen bzw. in den Innenhof integriert werden könnten. Schade finde er, dass die Aufenthaltsqualität bei der Fläche vor der Markthalle in der neuen Planung weggefallen sei. Er wünsche sich die Verkleinerung der Lieferzone zugunsten von mehr Aufenthaltsfläche mit Bänken und Tischen zum Verzehr und bitte die Verwaltung um entsprechende Prüfung.

Sollte das für die Beschicker der Markthalle tatsächlich einen Mehrwert darstellen, so StR Kotz (CDU), könne seine Fraktion sich das durchaus vorstellen. Zweifelten die Betreiber aber an der Sinnhaftigkeit des Vorschlags und bevorzugten die Lieferzone, bitte er, so der Stadtrat, deren Bedürfnisse zu berücksichtigen und umzusetzen. Schließlich

könnten die Betroffenen ihre Situation selbst am besten einschätzen. Mit dieser Maßgabe könne er der Beschlussvorlage zustimmen.

Natürlich müsse man mit den Betreibern ins Gespräch gehen, bestätigt StRin Schanbacher (SPD). Sie sei aber sehr optimistisch, dass auch von deren Seite ein Mehrwert in einer Außengastronomie und mehr Belebung gesehen werde. Insofern schließe sie sich StR Peterhoff an, eine nachhaltige Gestaltung einer temporären vorzuziehen. Der Bezirksbeirat Mitte habe in seiner gestrigen Sitzung den einzuschlagenden Weg klargemacht. Zudem existierten durchaus Alternativen für wegfallende Parkplätze (Tiefgarage, Innenhof Markthalle).

Den bisherigen Aussagen schließt sich StR Serwani (FDP) an.

Danach kommt StRin Schanbacher auf das Deserteurdenkmal zu sprechen. Die Stadträtin möchte wissen, welche Perspektiven man der Initiative nach nunmehr 15 Jahren geben kann, z. B. einen Interimsstandort auf dem Karlsplatz. Dazu informiert Herr Wallisch, dies müsse einerseits mit dem Land Baden-Württemberg besprochen werden, andererseits fänden auf dem Karlsplatz regelmäßig Veranstaltungen statt. Es müsse geprüft werden, ob ausreichend Platz für das Denkmal sei. Angesichts der Umgestaltung der Flächen würde ein vorzeitiger Umzug des Deserteurdenkmals auch bedeuten, dieses möglicherweise mehrmals mit den Baustellenphasen verlagern zu müssen. Da eine dem Denkmal würdige Umgebung angestrebt werde, sei man diesbezüglich eher skeptisch. Das könne sie nachvollziehen, so StRin Schanbacher. Sie bitte aber zum einen dringend darum, die Initiative vor Ort entsprechend zu informieren. Sei diese bereit, einem interimistischen Zustand zuzustimmen, müsse dem nachgekommen werden. Zum anderen und alternativ könne der Initiative ein Standort im Innenhof des ehemaligen Waisenhauses (wo keine Veranstaltungen wie auf dem Karlsplatz stattfinden) vorgeschlagen und im positiven Fall auch das mit dem Land im gleichen Zug besprochen werden.

Des Weiteren hinterfragt sie die Nachbesserung des sogenannten "Raums für Bewegung" hin zu einem vollwertigen Spielplatz in der Innenstadt.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) interessiert das weitere Beschlussverfahren angesichts der neu eingebrachten Maßgaben und den damit verbundenen Prüfansätzen, auch hinsichtlich der Busstellplätze. Er wolle sich bei der weiteren Planung nicht vor vollendete Tatsachen gestellt sehen. Zudem setzt er sich für grundlegende Gespräche mit den Verantwortlichen und Betreibern der Markthalle ein, wie das Umfeld im Sinne einer Außenöffnung gestaltet werden kann. Danach kommt er auf die Straßenwirtschaft an der Ecke Markt-/Münzstraße zu sprechen und bittet um Prüfung, ob diese nicht bereits jetzt ihre Außenbewirtschaftung über den zulässigen Bereich hinaus ausweitet. Herr Wallisch sagt zu, den Sachverhalt zur Prüfung an die Gaststättenbehörde weiterzugeben.

Ihre Fraktion folge den Maßgaben, so StRin Köngeter (PULS). Es sei wichtig, ein einheitliches Bild in der ganzen Umgebung um die Markthalle zu erhalten, was sie in der Planung mit dem "shared space" verwirklicht sieht. Gleichzeitig frage sie sich angesichts des geplanten "aufgehellten Asphaltbelags", ob dies dem Charakter des "shared space" gerecht wird, oder ob man die Dorotheenstraße nicht durchgehend mit der Stuttgarter Platte bepflastern könne. Dem hält der Vorsitzende die Befahrbarkeit durch Busse entgegen, deren Gewicht die Platten lösen könne. Er verweist auf das weitere

Verfahren und den Gedanken, den Reisebussen entlang der B14 einen - noch nicht abschließend definierten - Haltebereich zuzuweisen. Der Bürgermeister sagt gegenüber StRin Köngeter eine Darstellung der Belagsvarianten zu. BVin Kienzle merkt an, der Bezirksbeirat habe eine erkennbare Unterscheidung der Flächen diskutiert. Gleichwohl müsse man in der Tat bedenken, dass weiterhin die Beschicker des Fisch- und Weihnachtmarktes mit schwerem Gerät den Bereich befahren müssten. StR Peterhoff gibt zu bedenken, auch die Platten im Dorotheenquartier würden von Lkws problemlos befahren, sodass man es in der Übergangszeit auch im zur Debatte stehenden Bereich wagen könne, zumal die Reisebusse dann ja keine Rolle mehr spielten. Ein relevanter Aspekt des Bezirksbeirats sei zudem das kritisierte 3-cm-Bord, das den Charakter einer homogenen Fläche störe. Diese Anregung nimmt der Vorsitzende zur Prüfung mit, stellt aber die Erkennbarkeit für Seheingeschränkte in den Raum. Letztlich sei das aber die Aufgabe des Planungsbüros im Rahmen einer vertieften Planung.

Zunächst, so StR Schrade (FW), werde heute ein Planungsauftrag erteilt. Im Rahmen der weiteren Planung würden sich weitere Möglichkeiten eröffnen. Insofern begrüße er die Gespräche mit den Verantwortlichen und Betreibern der Markthalle über deren Bedarfe. Der Stadtrat appelliert an den Rat, sich bis zu einer besseren Lösung kompromissfähig zu zeigen und nicht auf Prinzipien zu bestehen, ohne die wirklichen Bedarfe zu sehen (Busstellplätze und Parkplätze). Unter diesen Gesichtspunkten könne er der Beschlussvorlage zustimmen.

Dem schließt sich StR Dr. Mayer (AfD) an. Er frage sich manchmal, ob die Verwaltung die Anzahl von Stellplätzen vorab höher ansetze, weil sie bereits im Vorfeld mit der Kürzung von Parkflächen durch den Rat rechne. Er wolle des Weiteren eine Lanze für die Mitarbeitenden der Markthalle brechen. Man könne nicht Arbeitsprozesse und -plätze der Gestaltung unterwerfen. Die Grundlage von bedürfnisorientierten und sicheren Arbeitsbedingungen gelte auch für die Lieferanten. Damit wendet sich der Stadtrat an die Bezirksvorsteherin von Stuttgart-Mitte, Frau Kienzle: Man könne den Anliefernden nicht zumuten, ihre Ware aus der Tiefgarage in die Markthalle zu Fuß oder über die Rampe zu schleppen.

StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) bringt die Radfahrenden in der besagten Umgebung ins Spiel. Gegebenenfalls solle ihrer Ansicht nach der Radverkehr so geleitet werden, dass er sich nicht in hohem Maße mit dem Fußverkehr mische, sondern eigene Wege habe. Man könne sich eine Radführung an der Planie bis zum Charlottenplatz/zur Holzstraße ebenso überlegen wie von der Münzstraße nach links Richtung Schlossplatz.

BM Pätzold stellt klar, mit der vorliegenden Beschlussvorlage werde zunächst ein Planungsbüro für die Leistungsphasen I bis VIII gesucht. Für deren Angebot gebe der Funktions- und Gestaltungsplan ungefähr den Rahmen vor und noch nicht die endgültige Gestaltung. Leistungsphase I sei die Grundlagenermittlung, Phase II die Vorplanung und Phase III die Entwurfsplanung. Somit kämen die Planungen im Detail ohnehin nochmals in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik (STA). Ziel sei es, zügig in die Umsetzung zu kommen, was wiederum von den Entscheidungen des Rats abhängige. Man nehme die Anregungen in ihrer Gesamtheit mit, natürlich mit Maßgabe des Bezirksbeirats.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt einstimmig mit den zuvor genannten Maßgaben des Bezirksbeirats und den in der heutigen Ausschusssitzung geäußerten Anregungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik zu weiteren Aspekten.

Zur Beurkundung

Klemm / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. OB/82
 3. OB-KB
 4. S/OB
S/OB-Mobil
 5. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
Kulturamt
 6. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 7. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Branddirektion (2)
 8. Referat T
Tiefbauamt (2)
Tiefbauamt/SES
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
AWS (2)
 9. BVin Mitte
 10. Amt für Revision
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand